Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/561
21.05.2014

Integrationsausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

21. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes 5

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2723

– abschließende Beratung mit Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuss beschließt, den Antrag Drucksache 16/2723 ohne Votum zu schieben. Die Änderungsanträge werden im AGS behandelt.

2 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 7

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP

und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151
APr 16/504

– Auswertung der Anhörung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU, ein Fachgespräch mit dem KRM durchzuführen, mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten ab.

Der Integrationsausschuss beschließt einstimmig, die Abstimmung nochmals zu schieben.

3 Sprachliche Bildung geschieht im Alltag – Sprachförderung im Elementarbereich neu ausrichten 9

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4426
Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4499
APr 16/506

– Auswertung der Anhörung und abschließende Beratung mit Votum an den federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

Der Antrag Drucksache 16/4426 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten angenommen.

Der Antrag Drucksache 16/4499 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

4 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen 13

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5489

Der Ausschuss stimmt einstimmig für eine Einbeziehung des CDU-Antrags in die genannte Anhörung.

5 Regionalisiertes Integrationsmonitoring 14

– Bericht der Landesregierung

- Bericht durch StS Thorsten Klute (MAIS) und Dr. Bernhard Santel (MAIS)
- Aussprache

6 Verschiedenes 19

– ohne Diskussion –

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2723

– abschließende Beratung mit Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Vorsitzender Arif Ünal begrüßt die Ausschussmitglieder, Herrn Staatssekretär Klute, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichen Ministerien sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer. Der Minister sei unterwegs, werde aber gleich eintreffen.

Der Landtag habe in seiner Sitzung am 15. Mai 2014 den Gesetzentwurf federführend an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an drei andere Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen, unter anderem an den Integrationsausschuss.

Der Gesetzentwurf sei mehrfach im Ausschuss beraten worden, zuletzt am 11. September 2013. Die weitere Beratung sei in der Sitzung am 6. November 2013 vertagt worden, weil die Vorlage der Urteilsgründe eines Bundesverwaltungsgerichtsurteils abgewartet werden sollte. Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter habe eine Vorlage zu einem ergänzenden schriftlichen Bericht wieder zurückgezogen.

Der federführende Ausschuss habe jetzt vor, den Antrag am 28. Mai 2014 abschließend zu beraten. Heute solle eine Entscheidung über diesen Gesetzentwurf getroffen werden.

Jutta Velte (GRÜNE) sieht durchaus Diskussionsbedarf; denn erstmalig werde nun die Frage nach muslimischen Bestattungen und die Möglichkeit, muslimische Grabfelder einzurichten, in einem Gesetz in Nordrhein-Westfalen verankert. Das sei integrationspolitisch sehr wichtig.

In der Anhörung seien an der einen oder anderen Stelle auch Probleme beschrieben worden. Eines der Probleme sei die Frage der schnellen Überführung. An vielen Stellen gerate die Überführung deshalb ein wenig ins Stocken, weil die erforderliche zweite Leichenschau verspätet stattfinde oder die Standesämter nicht hinterherkämen.

An diesem Thema müsse weiter gearbeitet werden. Für den federführenden Ausschuss gebe es entsprechende Vorschläge, wie mit diesem Problem umgegangen werden könnte. Sie finde es aus integrationspolitischer Sicht wichtig, möglichst allen die Gelegenheit zu geben, schnell und entsprechend der eigenen Bestattungsrituale zu bestatten bzw. zu überführen. Die Kommunen seien gut beraten, dies zu gewährleisten.

Man könne insofern natürlich beraten; sie schlage aber vor, zum Schluss ohne Votum in den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu schieben, damit dort die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden könnten.

Dr. Anette Bunse (CDU) sieht die Angelegenheit ähnlich. Sie sei selbst kommunal im Integrationsrat tätig, und in einem Arbeitskreis einer Friedhofsgruppe seien dort genau die beschriebenen Probleme aufgetreten. Im Zusammenhang mit dem Modellversuch, der nun gestartet werden solle, gebe es erheblichen Klärungsbedarf.

Das gelte insbesondere, wenn eine 24-Stunden-Frist eingehalten werden solle. Ihr erschließe sich nicht, wie eine Kommune es leisten solle, modellhaft innerhalb von 24 Stunden eine zweite Leichenschau stattfinden zu lassen. Die Frage sei, wer diese durchführe und wie die Familienangehörigen darüber informiert würden, wann und wo diese stattzufinden habe. Solche Detailfragen seien noch offen. Ansonsten begrüße sie aus Respekt vor den Religionen die Diskussion um eine Freigabe nach 24 Stunden.

Dr. Joachim Stamp (FDP) führt aus, dies decke sich exakt mit der Auffassung der FDP; darum wolle er nicht alles wiederholen. Er freue sich, dass in dem Entschließungsantrag zudem vorgesehen sei, den Zeitraum für die Bestattung von acht auf zehn Tage zu erhöhen. Insofern würde man dem Verfahrensvorschlag von Frau Velte folgen.

Ibrahim Yetim (SPD) hält es im Sinne der muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger für einen guten Schritt, wenn diese Vorhaben gelängen. Die kommunale Belastung könne man vielleicht in regionalisierter Form aufteilen; so könnten sich mehrere Kommunen oder Regionen zusammenschließen, um die 24-Stunden-Frist zu gewährleisten.

Simone Brand (PIRATEN) schließt sich den Vorrednern an. Auch sie erklärt sich einverstanden, ohne Votum zu schieben.

> Der Ausschuss beschließt, den Antrag Drucksache 16/2723 ohne Votum zu schieben. Die Änderungsanträge werden im AGS behandelt.